

Sitzungsprotokoll

Gemeinde Lägerdorf

Gremium
Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauwesen

Tag	Beginn	Ende
09.11.2009	17.30 Uhr	19.30 Uhr

Ort
Rathaus Lägerdorf, Sitzungssaal,
Breitenburger Straße 23, 25566 Lägerdorf

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieses Protokolls sind.

gez. Tiedemann
Vorsitzender

gez. Kensbock
Protokollführerin

Teilnehmerverzeichnis

zum Protokoll der Sitzung
**des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr und Bauwesen
 der Gemeinde Lägerdorf**

am 09.11.2009, 17.30Uhr

Mitglieder:	anwesend	
	ja	nein
LWG Ansgar Dörnte - stellv. Vorsitzender -	X	
LWG Hauke Dittmann (bgl.)	X	
LWG Werner Brühl (bgl.)	X	
SPD Uwe Erickson (bgl.)	X	
SPD Marc Pollex		X
SPD Jörg Anders	X	
CDU Jürgen Tiedemann - Vorsitzender -	X	
CDU Horst Jeworek	X	
CDU Ralf Kuklinski (bgl.)		X
Stellvertretende Mitglieder		
LWG Benno Haftstein (bgl.)		
LWG Brigitte Hoffmann		
LWG Sigrid Blendek		
LWG Christel Gerwien (bgl.)		
SPD Heidi Siebrandt-Kossiski		
SPD Norbert Voß (bgl.) f. M. Pollex	X	
SPD Manuela Streich		
SPD Ingolf Streich		
CDU Christian Droßard		
CDU Rüdiger Hollm (bgl.)		
CDU Peter Böge (bgl.)		
CDU Frank Rohweder (bgl.) f. R. Kuklinski	X	
Gemeindevertreter		
Andreas Bolik		
Regine Fritz		
Erna Haftstein		
Manuela Streich		
Brigitte Hoffmann		
Christian Droßard		
Burkhard Barthel		
Roswitha Rogall		
Ingolf Streich		
Heinrich Sülau - Bürgermeister -	X	
Sigrid Blendek		
Heidi Siebrandt-Kossiski		
Ferner anwesend: Amtstechniker Kage		
sowie Frau Kensbock als Protokollführerin		



Gemeinde Lägerdorf

Partnergemeinde der Stadt Sepopol (Polen)

Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauwesen

28.10.2009

EINLADUNG

Zu einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauwesen der Gemeinde Lägerdorf am **Montag, dem 9. November 2009 um 17.30 Uhr**, im Sitzungssaal des Rathauses, Breitenburger Straße 23 in Lägerdorf, werden Sie hiermit eingeladen.

TAGESORDNUNG

1. Anträge zur Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Aussprache zum Protokoll der letzten Sitzung
4. Versorgungsleitungen Ortsausgang Breitenburger Straße
5. Sanierung Dägelinger Weg
6. Interkommunales Gewerbeflächenkonzept - Sachstand, ggf. weitere Vorgehensweise
-
7. Einbau eines Blockheizkraftwerkes in der Liliencronschule
-s. Anlage -
8. Einrichtung einer 30 km/h-Zone in der Osterstraße
- s. anl. Email vom 09.07.2009 -
9. Aufstellung eines Buswartehäuschens an der Bushaltestelle in der Rosenstraße
10. Weitere Vorgehensweise für gemeindeeigene Immobilien
(z. B. Vermietung, Sanierung, Modernisierung etc.)
11. Sperrung L 116
 - a) Sachstand
 - b) Forderung nach Wiederherstellung bzw. Neubau der Straße
- s. anl. Antrag der CDU-Fraktion vom 27.10.2009 -
 - c) Lenkung des Lkw-Verkehrs zwischen B 77 und A 23
- s. anl. Antrag der LWG-Fraktion vom 28.10.2009 -
12. Haushaltsberatungen 2010
- s. vorliegende Haushaltsanmeldungen 2010 -
13. Mitteilungen und Anfragen

gez. Tiedemann
- Vorsitzender

Verteiler
Gemeindevertreter
Ausschussmitglieder
Gleichstellungsbeauftragte

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zu Pkt. 1: Anträge zur Tagesordnung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Zu Pkt. 2: Einwohnerfragestunde

- Herr Dittmann teilt mit, dass es ein klärendes Gespräch zwischen dem Bürgermeister und der Bürgerinitiative bezüglich der Sperrung des Sandweges und des Schinkeler Weges geben wird.
- Ein Anwohner bemängelt, dass viele Lägerdorfer ihre Gartenabfälle im Wald entsorgen, seitdem die KBA-Verwertungsstelle in Lägerdorf geschlossen wurde. Es sollte eine Lösung für dieses Problem gefunden werden.
Bürgermeister Sülau berichtet, dass die Firma Alt + Wert bereit wäre, eine Annahmestelle für Gartenabfälle einzurichten, aber als soziale Einrichtung ist der Firma das nicht erlaubt. Es werden verschiedene Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen, z.B. Aufstellung von öffentlichen Containern im Frühjahr und Herbst und die Sperrung der Einfahrt zum Wald.
Laut Herrn Sülau könnten Container auf dem Bauhof aufgestellt werden, aber damit sind natürlich Kosten verbunden. Die Verwaltung wird gebeten, Preise für Container zu ermitteln bzw. bei der KBA nachzufragen, wie hoch die Kosten für Container sind.
- Bezüglich des Tagesordnungspunkt „Einrichtung einer 30 km/h-Zone in der Osterstraße“ berichtet ein Anwohner, dass in der Osterstraße durch „wildes“ Parken kein Feuerwehrauto durchkommen würde. Er hält ein absolutes Halteverbot für sinnvoll.

Zu Pkt. 3: Aussprache zum Protokoll der letzten Sitzung

Herr Dörnte fragt nach, ob schon Rauchmelder für alle öffentlichen Gebäude angeschafft und installiert wurden.

Anmerkung der Verwaltung: Die Rauchmelder werden in nächster Zeit von den Gemeindearbeitern in Abstimmung mit dem Wehrführer, Herrn Lähn, angeschafft und installiert.

Zu Pkt. 4: Versorgungsleitungen Ortsausgang Breitenburger Straße

Vorsitzender Tiedemann erteilt dem Amtstechniker Herrn Kage das Wort.

Herr Kage erläutert den Sachverhalt. Die Regenwasserkanalleitung für die Regenentwässerung der Straßen Steinkamp, Breitenburger Straße und Stiftstraße verläuft über die Grundstücke Breitenburger Straße 1 + 1 a, und das Regenwasser wird in einen Schacht in der Straße „Zander´schen Koppel“ und dann in das Regenrückhaltebecken „Zander´sche Koppel“ geleitet. Laut Herrn Kage sind die Leitungen hydraulisch überlastet.

Laut Herrn Kage könnten die Leitungen gekappt werden, und es müsste ein anderer Weg für die Leitungen gefunden werden.

Herr Kage berichtet, dass zurzeit keine Leitungsrechte eingetragen sind. Außerdem berichtet er von einem Schreiben seitens der Amtsverwaltung Breitenburg vom 09.03.2009 an die Grundstückseigentümer der o.g. Grundstücke. In diesem Schreiben wurde den Grundstückseigentümern zugesichert, dass die Gemeinde Lägerdorf für die Unterhaltung der auf privatem Grund verlaufenden Regenwasserleitung zuständig ist und für Schäden, die durch die Leitung entstehen, haftet.

Herr Tiedemann sieht es als erforderlich an, Gespräche mit den Eigentümern zu führen. Außerdem muss geprüft werden, inwieweit die Leitungen saniert oder verlegt werden kön-

nen. Bei einer Sanierung müsste mit den Grundstückseigentümern über eine schriftliche Vereinbarung sowie über eine dingliche Sicherung des Leitungsrechts verhandelt werden.

Herr Tiedemann sieht hier die Verpflichtung der Gemeinde zum Handeln.

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, welche Möglichkeiten der Sanierung es gibt, und es sind seitens der Gemeinde und der Amtsverwaltung Gespräche mit den Eigentümern zwecks schriftlicher Vereinbarung und Sicherung des Leitungsrechts zu führen.

Zu Pkt. 5: Sanierung Dägelinger Weg

Vorsitzender Tiedemann berichtet, dass die Straße erhebliche Löcher aufweist und daher sanierungsbedürftig ist.

Bürgermeister Sülau erläutert, dass die Sanierung der Dägelinger Straße im Rahmen der Förderung durch das Konjunkturpaket II angemeldet, aber leider abgelehnt wurde.

Es gab jedoch den Hinweis vom Land Schleswig-Holstein, dass es voraussichtlich in ca. zwei Jahren neue EU-Mittel geben wird.

Techniker Kage teilt mit, dass die Verkehrssicherungspflicht durch die Fa. Lipp bereits wieder hergestellt wurde, d.h. die Schlaglöcher und Lunken sind provisorisch aufgefüllt worden. Für diese Asphaltierungsarbeiten sind Kosten in Höhe von 3.368,43 € entstanden.

Laut Herrn Kage beträgt die Länge der Dägelinger Straße, für die die Gemeinde Straßenbaulastträger ist, ca. 1,1 km. Der Abschnitt, der aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht saniert werden muss, beträgt zusammengefasst ca. 350 m.

Er hat für die Deckenerneuerung dieses Teilstückes Kosten in Höhe von ca. 29.000,00 € netto ermittelt.

Herr Dörnte fragt nach dem Zustand des Unterbaus. Laut Herrn Kage müsste dieser geprüft werden, wenn die komplette Straße erneuert werden sollte.

Er fragt nach, ob es sich bei der Dägelinger Straße um eine Gemeindeverbindungsstraße (GIK) handelt. Dies wird von Herrn Kage verneint.

Da sich das Gebiet zur Zeit in der Überplanung befindet, ist Herr Tiedemann der Meinung, dass es sich nicht lohnt, jetzt zuviel Geld für die Straße auszugeben, wenn man bei der Realisierung des geplanten Gewerbegebietes dann wieder Geld hierfür investieren müsste.

Es wird folgender **Beschluss** gefasst:

- a) Es werden für 2010 keine Haushaltsmittel veranschlagt.
- b) Es sind die Planungen für das Gewerbegebiet abzuwarten.
- c) Weiterhin ist abzuwarten, ob es in naher Zukunft wieder Fördermittel gibt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Zu Pkt. 6: Interkommunales Gewerbeflächenkonzept – Sachstand, ggf- weitere Vorgehensweise -

Herr Tiedemann erläutert den aktuellen Sachstand.

Im Entwurf des Gewerbestrukturkonzeptes ist eine 5.5 Hektar große Fläche einer ortsansässigen Firma enthalten.

Zurzeit gibt es Unstimmigkeiten mit einem der Kooperationspartner bezüglich dieser Fläche. Diese Gemeinde möchte, dass die besagte Fläche aus diesem Entwurf wieder herausgenommen wird, um die Fläche dann allein zu überplanen.

Die Landesplanung, Frau Ninnemann, hat bereits signalisiert, dass ein „Heraustrennen“ der o.g. Fläche und eine etwaig losgelöste gewerbliche Entwicklung seitens des Landes abgelehnt wird.

Ein Abweichen von dem bisherigen Entwurf würde das Projekt zum Erliegen bringen.

Nach eingehender Beratung sind sich die Ausschussmitglieder einig, dass das Gewerbestrukturkonzept mit allen 3 Kooperationspartnern weiterbetrieben werden soll.

Herr Tiedemann schlägt vor, einen Grundsatzbeschluss über die Kosten- und Ertragsverteilung zu fassen.

Es wird folgender **Beschluss** gefasst:

Die Gemeinde Lägerdorf spricht sich für eine Drittelung aller Kosten und Einnahmen aus.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob bereits ein Beschluss bezüglich der Hereinnahme der o.g. Fläche in das Gewerbeflächenkonzept gefasst wurde. Ansonsten ist das in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung nachzuholen.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Entwurfsbeschluss der Gemeindevertretung Lägerdorf vom 22.04.2009 ist die besagte Fläche bereits enthalten. Ein weiterer Beschluss ist daher entbehrlich.

Zu Pkt. 7: Einbau eines Blockheizkraftwerkes in der Liliencronschule

Die Beantwortung der Fragen aus der Sitzung der Gemeindevertretung vom 05.10.2009 liegt allen Ausschussmitgliedern vor.

Vorsitzender Tiedemann berichtet von der Zusage von Fördermitteln des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) in Höhe von ca. 10.000,00 €.

Herr Tiedemann spricht sich für den Einbau der zwei Gas-Heizkraftanlagen aus. Seiner Meinung handelt es sich bei den BHKW's um eine rentable Anlage, die sich nach ca. 5 Jahren amortisiert hat.

Herr Tiedemann berichtet über seine Recherchen bezüglich einer möglichen Finanzierung der Kosten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Im Haushaltspan 2009 sind unter der HHSt. 45 / 2150.9400 – Schulbausanierungsmaßnahmen- Haushaltsmittel in Höhe von 100.000,00 € für den Einbau der BHKW's veranschlagt.

Das günstigste Angebot bei dem durchgeführten Vergabeverfahren (freihändige Vergabe) beträgt 59.981,95 €.

Es wird folgender **Beschluss** gefasst:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, den Auftrag für den Einbau von zwei Gas-Heizkraftanlagen an den günstigsten Anbieter mit der Angebotssumme in Höhe von 59.981,95 € zu erteilen.

Die Verwaltung wird gebeten, eventuell bestehende Wartungsverträge für die Wartung der jetzigen Heizung zu kündigen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Zu Pkt. 8: Einrichtung einer 30 km/h-Zone in der Osterstraße

Eine Anwohnerin merkt an, dass in der Osterstraße bereits ein 30 km/h-Verkehrsschild steht, an das sich ihrer Meinung alle Durchfahrenden halten. Weiter wird von Anwohnern bemängelt, dass bestimmte Anwohner so parken, dass für die durchfahrenden Autos ein schweres Durchkommen besteht.

Herr Anders bestätigt, dass es in der Osterstraße bereits ein 30 km/h-Schild gibt, und dass es auch nicht möglich ist, wegen der parkenden Autos dort schneller zu fahren. Weiter bemängelt er, dass die Hecke des Grundstückes Osterstraße 1 sehr oft zu hoch ist, wodurch schlechte Einsicht besteht. Herr Anders hält ein einseitiges Parkverbot im vorderen Bereich der Straße für sinnvoll.

Es wird eingehend die weitere Vorgehensweise beraten.

Es wird folgender **Beschluss** gefasst:

Der Bürgermeister wird Gespräche mit den Eigentümern des Grundstückes Osterstraße 1 bezüglich des Beschneidens der Hecke führen.

Die Verwaltung wird gebeten, die Verkehrsaufsicht des Kreises Steinburg in die Angelegenheit mit einzubeziehen. Die Verkehrsaufsicht möge bitte prüfen, welche Maßnahmen bzw. Lösungsmöglichkeiten wie z.B. ein Halteverbot gegeben sind.

Die Verwaltung wird außerdem gebeten, die Verkehrsaufsicht bezüglich des erheblichen Gefahrenpunktes in der Breitenburger Straße / Ecke Liliencronstraße in Bezug auf die Schulwegsicherung mit einzubinden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Vorsitzende sieht es als sinnvoll an, dass für alle innerörtlichen Straßen der Gemeinde Lägerdorf die 30 km/h-Regelung gelten sollte. Er gibt hiermit diesen Vorschlag zur Beratung an die Fraktionen weiter.

Zu Pkt. 9: Aufstellung eines Buswartehäuschens an der Bushaltestelle in der Rosenstraße

Herr Sülau berichtet von den Überlegungen, ein Buswartehäuschen an der Bushaltestelle „Feuerwache“ in der Rosenstraße aufzustellen. Die Bushaltestelle in der Dorfstraße ist mittlerweile überflüssig, da dort der Bus nicht mehr hält.

Auf dem Grundstück der Feuerwache auf dem Pflanzstreifen am Parkplatz ist seiner Meinung genug Platz für eine etwas kleinere Variante als die anderen neuen Bushaltestellen in der Münsterdorfer Straße und in der Breitenburger Straße. Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass es wieder das gleiche rote Modell sein soll. Es liegt ein Angebot der Firma Arnold Krause in Höhe von 4.062,90 € vor.

Herr Dörnte fragt, was mit dem Buswartehäuschen in der Dorfstraße geschehen soll. Herr Sülau antwortet, dass es für den Standort „Feuerwache“ zu groß ist. Laut Herrn Sülau muss das Buswartehäuschen erstmal repariert werden und dann wird sich eine Verwendungsmöglichkeit finden.

Es wird folgender **Beschluss** gefasst:

Der Finanzausschuss und die Gemeindevertretung werden gebeten, für die Aufstellung eines Buswartehäuschens in der Rosenstraße Haushaltsmittel für das Haushaltsjahr 2010 gemäß des Angebotes der Firma Krause vom 15.10.2009 einzuplanen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Zu Pkt. 10: Weitere Vorgehensweise für gemeindeeigene Immobilien (z.B. Vermietung, Sanierung, Modernisierung etc.)

Vorsitzender Tiedemann berichtet über verminderte Mieteinnahmen durch Leerstände der gemeindeeigenen Immobilien, wie z.B. Büroräume im Rathaus, Wohnungen in der Feuerwache, das Hausmeisterhaus der Schule und einige Wohnungen im „Haus am Kamp“.

Herr Tiedemann gibt zu bedenken, dass an den gemeindeeigenen Gebäuden immer nur das Notwendigste gemacht wurde. Daher ist dieser Tagesordnungspunkt informativ zu betrachten.

Er bittet die Fraktionen, sich Gedanken über die gemeindeeigenen Immobilien zu machen.

Herr Dörnte und Herr Brühl sind der Meinung, dass die Fraktionen sich nur mit diesem Thema beschäftigen können, wenn Fakten vorgelegt werden.

Herr Sülau berichtet, dass ihm für das Schulhausmeisterhaus Kostenschätzungen der Amtsverwaltung für den Abriss in Höhe von ca. 8.000,00 € und für eine Renovierung in Höhe von ca. 100.000,00 € vorliegen. Er wird diese Kostenaufstellung an die Fraktionen weiterleiten.

Laut Herrn Anders muss ein Gesamtkonzept erstellt werden.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass für die Beratung in den Fraktionen einige Informationen notwendig sind.

Die Verwaltung wird gebeten, eine Aufstellung über alle gemeindeeigenen Immobilien mit Angaben über Vermietung, Leerstände, Mieteinnahmen usw. an die Fraktionen zu geben.

Zu Pkt. 11: Sperrung L 116

a) Sachstand

Bürgermeister Herr Sülau berichtet über diverse Gespräche mit der Verkehrsaufsicht des Kreises Steinburg und dem Landesbetrieb für Straßenbau, in denen er mehrfach die enge Durchfahrt angesprochen und auf die schlechte Beschilderung hingewiesen hat.

Bei dem letzten Ortstermin, an dem er auch zugegen war, haben sich die Verkehrsaufsicht und der Landesbetrieb für Straßenbau dafür ausgesprochen, die Einengung so zu belassen. Allerdings sind die Vorrichtungen jetzt mit Schlössern und Gelenken versehen, damit die Sperrvorrichtung mit ein oder zwei Personen bewegt werden können.

Der Streudienst wird jedoch eingeschränkt sein. Hierzu hat Herr Sülau bei dem Ortstermin bereits Kritik geübt.

Daraufhin hat er die Antwort erhalten, dass die Straße dann komplett gesperrt werden müsste, wenn die Gemeinde Lägerdorf mit dieser Lösung nicht einverstanden ist.

Herr Anders schlägt vor, den höheren Dienstweg einzuschlagen bei einer solchen unsachlichen Aussage.

Er hatte bereits den Vorschlag gemacht, links und rechts Balustradengeländer und in der Mitte einen beweglichen, abschließbaren Poller aufzustellen. Hier könnten dann auch Streufahrzeuge und Rettungswagen durchfahren, wenn es nötig ist.

Ein Anwohner beschwert sich über die starken Emissionen der ca. 1.000 Autos pro Tag, die aufgrund der Verengung durch das Abbremsen und Beschleunigen entstehen.

Herr Dörnte fasst zusammen, dass die Gemeinde Lägerdorf mit der derzeitigen Situation nicht einverstanden ist.

Es wird folgender **Beschluss** gefasst:

Die Verwaltung wird gebeten, ein offizielles Schreiben an den Landesbetrieb für Straßenbau und an die Verkehrsaufsicht des Kreises Steinburg zu verfassen, in dem zum Ausdruck

gebracht werden soll, dass die Gemeinde Lägerdorf mit der derzeitigen Lösung nicht einverstanden ist und um eine adäquate Lösung bittet. Weiter soll der Vorschlag von Herrn Anders als Lösungsmöglichkeit aufgezeigt werden. Das Schreiben soll mit den Fraktionen abgestimmt werden, bevor es verschickt wird.

Außerdem wird die Verwaltung um Prüfung gebeten, inwieweit die jetzige Lösung verkehrstechnisch einwandfrei ist, und es wird um eine rechtliche Prüfung (z.B. durch den ADAC oder Haus und Grund), auch im Hinblick auf den eingeschränkten Streudienst, gebeten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

b) Forderung nach Wiederherstellung bzw. Neubau der Straße

Allen Ausschussmitgliedern liegt der Antrag der CDU-Fraktion vom 27.10.2009 vor. Herr Dörnte für die LWG-Fraktion und Herr Anders für die SPD-Fraktion sprechen sich für diesen Antrag aus.

Es wird folgender **Beschluss** gefasst:

Die Verwaltung wird gemäß des Antrages der CDU-Fraktion vom 27.10.2009 gebeten, die Landesregierung aufzufordern, die Landesstraße 116 wieder herzustellen oder eine neue Verbindung zu planen und zu bauen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

c) Lenkung des Lkw-Verkehrs zwischen B 77 und A 23

Allen Ausschussmitgliedern liegt der Antrag der LWG-Fraktion vom 28.10.2009 vor.

Herr Dörnte erläutert den Antrag. Seiner Meinung fehlt die Lenkung des Lkw-Verkehrs um Itzehoe und Lägerdorf herum. Daher sieht er es als erforderlich an, dieses Problem in der Region Itzehoe in der Arbeitsgruppe „Gewerbe und Verkehr“ anzusprechen.

Herr Sülau bemerkt, dass dieses Thema seit 8 Jahren bei der Region Itzehoe auf der Tagesordnung steht.

Im Lenkungsausschuss wurde dieses Problem vor kurzem wieder thematisiert.

Herr Dörnte berichtet über ein Gespräch mit dem Bürgermeister der Stadt Itzehoe, Herrn Blaschke, über den Generalentwicklungsplan in Itzehoe. Schwerpunkte dieses Planes sind die Nordumgehung und eine eventuelle Mautpflicht auf der B 77.

Es wird folgender **Beschluss** gefasst:

1. Die Verwaltung wird gemäß des Antrages der LWG-Fraktion vom 28.10.2009 gebeten, bei der Verkehrsaufsicht des Kreises Steinburg den Antrag zu stellen, dass die erforderlichen verkehrsrechtlichen Anordnungen getroffen werden, die den Lkw-Verkehr nördlich von Itzehoe zwischen der B 77 und der A 23 über die Gemeinde Hohenaspe (K 53 und L 127) zur Anschlussstelle Itzehoe-Nord leiten.
2. Alternativ kann eine entsprechende Verkehrslenkung in Itzehoe über die B 206 (Langer Peter und Lindenstraße) zur Anschlussstelle Itzehoe-West erfolgen.
3. Der Bau einer Nordumgehung Itzehoes ist durch die Zielformulierung als „das dringliche Verkehrsprojekt zur Verbesserung der Ost-West-Verkehrsbeziehung im überregionalen Straßennetz im Zuge der B 206 / B 77“ festgestellt. Die Lenkungsgruppe wird daher aufgefordert, mit Nachdruck die Umsetzung zu verfolgen und regelmäßig über den Fortgang zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

zu Pkt. 12: Haushaltsberatungen 2010

Vorsitzender Tiedemann berichtet, dass der Haushalt 2010 erst Anfang des nächsten Jahres beschlossen werden soll. Daher sieht er im Moment noch keinen Beratungsbedarf.

Er gibt die Aufgabe an die Fraktionen weiter, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Bei einigen Punkten gibt es seiner Meinung nach Erläuterungsbedarf, daher wird das Thema Haushaltsberatungen in der nächsten Bauausschusssitzung Anfang des nächsten Jahres nochmals auf der Tagesordnung stehen müssen.

Herr Tiedemann hinterfragt bei Bürgermeister Sülau die Mittelanmeldungen 2010 des Schulhausmeisters. Herr Sülau erläutert, dass das vorhandene Werkzeug in der Schule bereits ziemlich alt und teilweise nicht mehr zu gebrauchen ist. Der neue Schulhausmeister repariert jedoch viel selbst in der Schule und bringt hierfür zurzeit sein eigenes Werkzeug von zu Hause mit.

Herr Tiedemann stellt den Antrag, eine Grundausrüstung an Werkzeugen für den Hausmeister sofort aus dem Haushalt 2009 zu beschaffen.

Es wird folgender **Beschluss** gefasst:

Kleinwerkzeug für die Schule, soweit noch Haushaltsmittel in diesem Jahr vorhanden sind, darf in diesem Jahr noch angeschafft werden, damit der Hausmeister handlungsfähig ist.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Zu Pkt. 13: Mitteilungen und Anfragen

- Vorsitzender Herr Tiedemann gibt einen kurzen Überblick über die Selbstüberwachungsverordnung (SüVO) an die anwesenden Einwohner. Außerdem kündigt er an, dass die SüVO ein Thema in der nächsten Bauausschusssitzung sein wird.
- Es wird angemerkt, dass die Sporthalle oftmals während der Abendbenutzung ziemlich warm ist. In diesem Zusammenhang berichtet Bürgermeister Sülau, dass an ihn herangetragen wurde, dass es in der Halle oftmals nachmittags ziemlich kalt und zugig ist. Er hat den Hausmeister aber bereits gebeten, dies zu überprüfen und dann muss eventuell die betreffende Firma noch mal tätig werden.
- Herr Tiedemann berichtet über eine Info-Veranstaltung der E.ON bezüglich neuer Netzwerke. In diesem Zusammenhang regt er an, alle Versorgungsverträge vorsorglich zu kündigen, um dann in einer der nächsten Bauausschusssitzungen im nächsten Jahr alle Verträge abzuklopfen.
- Es wird angeregt, in der Wilhelmstraße an den Pollern in den Verkehrsinseln neue Reflektoren anzubringen.
- Es wird angeregt, den Efeu am Rathaus zu entfernen.
- Zum Thema „Ausbau der Schule / sanitäre Anlagen“ gibt es nichts Neues zu berichten.

- Es wird berichtet, dass der alte Pächter die Kneipe „Black and White“ nicht mehr betreibt. Es soll bereits einen Nachfolger geben. Das Ordnungsamt wird gebeten, den alten Pächter wegen der Entfernung des besagten Werbeschildes anzuschreiben.